



## **Drei Jahre Putins Aggression – Drei Jahre westliche (Re-)Aktion Eine (Zwischen-)Bilanz**

**Dr. Klaus Olshausen**

**Januar 2025**

### **Zusammenfassung**

---

Nach Putins Ultimaten an USA und NATO im Dezember 2021 wurden zwar drei entscheidende Forderungen zurückgewiesen, aber keinerlei wirksame Abschreckung gegen die angekündigten „militärischen Aktionen“ getroffen. Weder wurde die kollektive Selbstverteidigung ambivalent offen gelassen noch wurde im Januar und Februar 2022 die militärische Leistungsfähigkeit der Ukraine verbessert. So begann Russlands Aggression und hält seit drei Jahren unvermindert an. Drei Aktionsfelder, um das Blatt zu wenden – die Staaten der Welt gegen diese Aggression einzeln, breite Sanktionen gegen Russland nach Breite und Tiefe konsequent durchsetzen, aber v.a. die ukrainischen Streitkräfte mit Waffen Munition und Ausrüstung umfassend ausstatten – hat der Westen bei weitem nicht so genutzt, dass die Aggression gestoppt und Russland in der Ukraine zurückgewiesen wurde. Wenn in allen drei Bereichen nicht rasch und gemeinsam wirkungsvolle Veränderungen zugunsten der Ukraine erfolgen und Russland im zweitgrößten Land Europas Erfolge erzielt, wird die Auseinandersetzung mit Putins imperialen Russland die nächste Dekade und länger bestimmen und massive Maßnahmen, auch militärische verlangen, die weit über das hinausgehen, was für den Erfolg gegen Russlands Aggression in der Ukraine eingesetzt werden muss.

### **ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

Ende 2021 nach den ultimativen Forderungen Putins an die USA und die NATO hat der „Westen“ zwar drei wesentliche Forderungen Putins zurückgewiesen, sich aber nicht den Konsequenzen der angekündigten „militärischen Aktionen“ des imperialen Akteurs gestellt. Die Nachrichtendienste wussten von Russlands Fähigkeiten und Entschlüssen zu handeln.

Alle Warnungen an Russland sprachen von hohen Kosten für den Fall einer Invasion. Diese wurden aber sogleich entscheidend verringert, indem NATO- und EU-Staaten nicht bereit waren, die **kollektive** Selbstverteidigung mit der Ukraine gemäß Artikel 51 der VN-Charta als Teil solch hoher Kosten nicht auszuschließen. Dieser Verzicht auf Ambiguität wurde darüber hinaus mit öffentlichen Aussagen unterstrichen, dass alle – v.a. aus innenpolitischen Gründen – keine eigenen Truppen zur Selbstverteidigung der Ukraine einsetzen würden.

Damit war Wochen vor Beginn der Aggression **eine** wichtige Ebene von Abschreckung gem. Art 51 VN Charta aufgegeben. Aber auch die nächstniedere Maßnahme einer wirksamen Abschreckung, die Ukraine nach den Ultimativen Putins im Dezember 2021, als der russische Aufmarsch schon voll im Gange war, verstärkt mit militärischen und anderen Maßnahmen auszustatten, um ihre Selbstverteidigung zu erhöhen, unterblieb. Mit dieser Risikominderung für Russland war Putin offensichtlich überzeugt, dass er angreifen und seine Ziele in der Ukraine erreichen kann.

Nach Ausbruch des Krieges gab es für die westlichen Staaten und – hoffentlich – viele Partner drei wesentliche Aktionsfelder, um das Blatt zu wenden, nachdem „die Charta von Paris in den Brunnen gefallen war“:

- + Alle politischen und diplomatischen **Hebel nutzen**, um die politische Haltung großer Teile der Weltgemeinschaft eindeutig und dauerhaft gegen den Aggressor zu vereinen;
- + Wirksame und dauerhafte **Sanktionen** auf breiter Basis **verhängen**, die Putins Einnahmen durch Verkauf von fossilen Energien, seinen Zugang zu finanziellen Mitteln sowie zu hochwertiger Technologie verhindern, zumindest massiv verringern.
- + eine breite **Ausstattung und Ausbildung** der gesamten ukrainischen Streitkräfte zügig und umfassend **voranbringen**, um Wirksamkeit und Durchhaltefähigkeit operativ und verbunden handelnder Einsatzkräfte für einen Erfolg der Selbstverteidigung gegen den Aggressor zu erhöhen.

Nach fast drei Jahren des russischen Vernichtungskrieges muss man in allen drei Aktionsfeldern eine kritische Zwischenbilanz ziehen.

Im politisch diplomatischen Bereich hatte man erreicht, dass im März 2022 140 Staaten der VN-Generalversammlung Russlands Aggression verurteilten und ein Jahr später am 23. Februar erneut 141 Staaten die Forderung unterstützten, dass sich Russland aus der Ukraine vollständig zurückziehen muss. Es ist aber in den folgenden Jahren nicht gelungen, viele dieser Staaten in einem aktiven politischen Druck auf den Kreml zu vereinen und zu fokussieren, um Schritte zu einem fairen Frieden voranzubringen.

Im Gegenteil konnte Russland im Rahmen der BRICS sogar Staaten, die den Resolutionen zugestimmt hatten, auf seine Seite zu ziehen. Auch mit den „Friedenskonferenzen“ der Ukraine, die der Westen unterstützt, ja mit vorbereitet und durchgeführt hat, gelang es nicht, Druck auf Putin auszubauen, auch dadurch, dass weitere



Staaten sich den Sanktionen anschlossen und bereit waren, militärische, finanzielle, wirtschaftliche und humanitäre Unterstützung zu leisten.

Für die beiden anderen Aktionsfelder kann ein Satz von Präsident Macron bei der Botschafterkonferenz in Paris vergangene Woche in Richtung USA, auf westliches Verhalten gegenüber dem russischen Aggressor gemünzt werden: „*Wenn wir uns entscheiden, schwach und defätistisch zu sein, haben wir kaum eine Chance, von den Vereinigten Staaten von Amerika unter Präsident Trump respektiert zu werden*“.

Das bedeutet mit Blick auf Russland, dass **Schwäche**, die sich auf das Vermeiden von Risiken statt auf das Zurückweisen der Aggression Russlands konzentriert, und **Handeln**, das sich **defätistisch** am Satz ausrichtet, eine nukleare Großmacht könne nicht besiegt werden, weit davon entfernt ist, machtvoll für einen fairen, gerechten Frieden der Selbstbestimmung, Souveränität und Integrität der Ukraine zu streiten, die ihr wie allen anderen Staaten gebühren.

Im Feld der Sanktionen weist nicht nur Präsident Selenskyj darauf hin, dass der russische Export von Erdgas und Erdöl immer noch EU- und NATO-Staaten erreicht und dass die russische Schattenflotte in der Ostsee nicht aktiv unterbunden oder wenigstens stark eingeschränkt wird. Auch bekannte Lücken im Sanktionsgefüge und einer ganzen Reihe von Verstößen gegen die Restriktionen sind zwar erkannt, aber werden nur mit geringem Erfolg geschlossen bzw. gestoppt. Dazu gehört auch das kaum betriebene Einbeziehen von Dritt-Staaten ins Sanktionsregime.

Die Wirklichkeit im dritten Aktionsfeld unterstreicht nachhaltig, warum Russland insbesondere nach den ukrainischen Erfolgen im Herbst 2022, die Zeit erhielt, entlang der Frontlinien im Osten und Süden tief gestaffelte Verteidigungsgürtel zu errichten. Gleichzeitig wurde die Ukraine weder nach Qualität noch Quantität in den Wintermonaten so umfangreich ausgestattet, dass eine Frühjahrs- und Sommeroffensive 2023 Aussicht auf Erfolg haben konnte. So war es für fachkundige Beobachter nicht überraschend, dass eine solche Offensive z.B. ohne massive Luftunterstützung nicht erfolgreich sein konnte, sondern stattdessen und seither viel personelle Substanz der ukrainischen Streitkräfte gekostet hat.

Schon diese wenigen Feststellungen mahnen, dass jedes Zurückfahren, statt Steigern, insbesondere der militärischen Unterstützung, Putin seinen imperialen Zielen in der Ukraine rasch näherbringen kann. Wer Putins expansives Ausgreifen beenden will, **muss**

+ **Sanktionen** drastisch **verstärken**, v.a. in Richtung der von den USA am 10. Januar angekündigten Sanktionen gegen weitere Erdölunternehmen und;

+ unverzüglich **Waffensysteme** und militärische Ausrüstung auf allen Gebieten und ohne Einsatzbeschränkungen **verfügbar machen**;

+ gemeinsame politische und **diplomatische Aktivitäten verstärken**, damit mehr Staaten aktiv und gemeinsam **gegen den Aggressor** und für die Wiederherstellung des Völkerrechts für Selbstbestimmung und territoriale Integrität auftreten.

Wenn all dies nicht erfolgt und gelingt, wird die Auseinandersetzung mit Putins imperialem Russland die nächste Dekade und länger bestimmen und massive Maßnahmen, auch militärische verlangen, die weit über das hinausgehen, was für den Erfolg gegen Russland in der Ukraine eingesetzt werden muss.

\*\*\*



**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

### Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Klaus Olshausen*